## Von der "Gentechnikfreien Zone" zur "Gentechnikfreien Anbauregion" Erfahrungsbericht aus dem Biosphärenreservat Rhön

Helmut Schönberger

1982 kaufte ich (1949 geboren, Diplompädagoge und Landwirt) zusammen mit anderen einen Hof in der Rhön, um ihn biologisch zu bewirtschaften. Wir waren zu viert, neben mir eine Lehrerin und Gärtnerin, eine Industriekauffrau sowie ein Tierarzt-Student und Reitlehrer. Als Bio-Bauern in einer Region, die als damaliges Zonenrandgebiet strukturschwach und konservativ war, empfanden wir unsere Entscheidung, uns hier niederzulassen, als ein großes Risiko. Aber die Entwicklung sollte unsere Befürchtungen Lügen strafen. Heute steht die Region da als eine blühende Vorzeigeregion in der Mitte Deutschlands, die rhöner Bevölkerung ist stolz auf ihre Rhön, und es hat sich Erstaunliches entwickelt: 1991 deklarierte die UNESCO große Bereiche der Rhön aus den drei Ländern Hessen, Thüringen und Bayern und den fünf Landkreisen zum Biosphärenreservat Rhön. Dieses war der Anreiz, vielfältige Projekte zu starten, Initiativen entstehen und die Verbindung Ökologie und Ökonomie im Ansatz Wirklichkeit werden zu lassen.

Die landwirtschaftlichen Partnerbetriebe des Biosphärenreservats Rhön organisierten sich im "Verein Natur und Lebensraum Rhön" und ihr unabdingbarer Standard wurde "EU-Öko". D.h. alle Partnerbetriebe mussten verbindlich den gesetzlichen EU-Rahmen einhalten und standardisiert sowie kontrolliert ökologisch wirtschaften. Nach der früheren weitgehend ablehnenden Haltung des Kreisbauernverbandes gegen Bio-Anbau war der Schwenk, dieses mitzutragen, eine kleine Sensation. Aber auch innerhalb des Kreisbauernverbandes hatten sich Veränderungen ergeben. Man hatte verstanden, dass es neben der konventionellen Landwirtschaft für viele gerade kleinere Familienbetriebe im benachteiligten Gebiet die einzige Existenzmöglichkeit war, "auf Bio umzustellen", direkt zu vermarkten, sich andere Einkommensquellen zu erschließen, wie z.B. den Tourismus. Von daher waren schon die Voraussetzungen geschaffen worden, dass zumindest diese Bio-Betriebe auf Gentechnik im Wirtschaftskreislauf verzichten.

## "Gentechnikfreie Zone"

Viele Engagierte stellten sich in der Rhön dem Thema "Gentechnikfreie Zone". Besonders sind hier zu nennen die Familie Hartmann aus Flieden mit ihren öffentlichkeitswirksamen Aktionen, Oswald Henkel als Vorsitzender der Vereinigung der Hessischen Direktvermarkter e.V. und die Beschäftigten der hessischen Verwaltungsstelle des Biosphärenreservats. Als wir überlegten, wie kann unsere Region "gentechnikfreie Zone" werden, ist uns spontan eingefallen, so etwas Ähnliches gab es schon einmal, nämlich die "atomwaffenfreie Zone". In den 1970/80er Jahren hatten sich Gemeinden, Städte und Landkreise zu "atomwaffenfreien Zonen" erklärt, indem sie in den jeweiligen Parlamenten darüber debattierten und dies beschlossen. Schilder wurden an den Orts- und Kreisgrenzen aufgestellt. Damit war klar, diese – z.B. Gemeinde – war "atomwaffenfrei". Dieses war vor allem von ideeller Bedeutung, denn die Gemeinden hatten ja keinen wirklichen Einfluss auf die Bundespolitik. Der damalige Protest war ein politischer, der Militärs und politischen Entscheidungsträ-

122 Beiträge RN 2/2005

gern deutlich machen sollte: "Wir wollen das nicht und werden bei evtuellen Transporten atomarer Sprengköpfe auf Gemeindegebiet dagegen protestieren". Die Verhinderung durch die Entscheidung Einzelner oder einer Gruppe bzw. Gemeinde war bei dem sog. NATO-Doppelbeschluss zur Stationierung von Pershing II Mittelstreckenraketen nicht möglich.

Eine "gentechnikfreie Zone" wäre, trotz der sprachlichen Nähe, etwas anderes. Nach der EU-Genehmigung des Anbaus gentechnikveränderter Organismen (GVO) ist es grundsätzlich jedem Landwirt erlaubt, auf seinen Flächen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften diese Pflanzen anzubauen. Er kann sich aber ebensogut dagegen entscheiden.

Es wäre unsinnig, wenn Parlamente kommunaler Gebietskörperschaften eine "gentechnikfreie Zone" beschließen, einzelne Landwirte aber von ihrem Recht auf den Anbau von GVO Gebrauch machen würden. Allerdings könnte eine Gemeinde oder Stadt beispielgebend beschließen, eigene Ländereien nur mit dem Zusatz "gentechnikfrei zu bewirtschaften" verpachten oder auf eigenen Grünflächen nur Saatgut oder auch Pflanzen, die nicht gentechnisch verändert worden sind, einsetzen.

Eine Verzichtserklärung zum Anbau von GVO von Bio-Bauern oder anderen einschlägigen Interessengruppen hat vermutlich wenig Wirkung, da dieses ohnehin zu ihrem Selbstverständnis gehört. Trotz der Aufmerksamkeit und Anerkennung, die solche Versicherungen ggf. erreichen würden, schafft erst das einheitliche Handeln aller Landwirte einer Region die Bewahrung vor den – juristisch legitimierten – Folgen der GVO in einer bestimmten "Zone". Der Pollenflug zwingt zu einer großflächigen Herangehensweise.

"Gentechnikfreie Zone" wofür? Das Allgemeine in Stichworten:

- Durch den Anbau von GVO ist die Wahlfreiheit von Verbrauchern und Landwirten bedroht.
- Es entsteht eine Kostenersparnis für den Landwirt, da keine Mehrkosten für die gesetzlich geregelte Koexistenz von "gentechnisch verändert und gentechnikfrei" anfallen.
- In sich differenzierenden Absatzmärkten werden durch Gentechnikfreie Zonen traditionelle Absatzmöglichkeiten bewahrt.
- Gentechnikfreiheit erhält den Wert des Bodens.
- Gentechnikfreie Zonen verhindern Nachbarschaftskonflikte und f\u00f6rdern das friedvolle Miteinander.
- Gentechnikfreie Zonen sorgen für ein positives Image.

Das Regionalspezifische: Gerade in einer bäuerlich kleinstrukturierten Gegend wie Rhön und Vogelsberg ist es unmöglich, "gentechnikfrei" von "gentechnisch verändert" zu trennen, wenn GVO-Saatgut eingebracht worden ist. Neben den bekannten Bedenken gegen Gentechnik in Lebensmitteln (Folgen unabsehbar, mögliche Gesundheitsschäden, minderwertige Lebensmittel) ist besonders die Struktur einer in ihrer Existenz ohnehin bedrohten Landwirtschaft gefährdet.

Um überleben zu können, lassen sich Bauern der Region auf vieles ein. Neben dem Landwirt

- als Energiewirt ist er z.B. auch als
- Kultur-und Landschaftspfleger ("Rhön das Land der offenen Fernen") gefragt
- · vermarktet seine Produkte direkt

Beiträge RN 2/2005 123

- bietet Übernachtungen und Ferienwohnungen an
- · organisiert Events wie Schulbauernhof oder Erlebnisbacken und vieles mehr und
- arbeitet eng mit der heimischen Gastronomie und engagierten Gastwirten zusammen.

Dabei setzt er auf eine Klientel, die natur- und umweltbewusst ist. Gerade für diese Menschen wäre es nicht verständlich, wenn klar wäre, die Landschaft und auch die Agrarprodukte, die sie hier genießen, wären "gentechnisch belastet". Umgekehrt wäre es gerade für unsere Region etwas Besonderes, wenn wir mit "Gentechnikfrei" werben könnten. Also auch aus wirtschaftlicher Überlegung würde "Gentechnikfrei" mehr Vorteile bringen als von Gentechnikbefürwortern befürchtete Nachteile. Ein weiterer Schritt im "Erfolgsmodell Rhön" wäre geschaffen. Bis dahin muss allerdings noch einiges passieren.

## Entwicklung zur "Gentechnikfreien Anbauregion"

In der Rhön sind wir inzwischen unserem Ziel einer "Gentechnikfreien Zone" näher gekommen. Erfolg werden wir aber erst haben, wenn sich die Landwirte weitgehend flächendeckend, wie beschrieben, bereit erklärt haben, auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen/Organismen (GVO) zu verzichten. Die Besonderheiten, die zur Vereinigung der Landwirte geführt haben, und das, was auf andere Regionen übertragbar ist, möchte ich kurz skizzieren.

- 1. Durch die spezielle Situation der Rhön bzw. das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön hat sich, wie schon beschrieben, im letzten Jahrzehnt eine erfreuliche Entwicklung gezeigt: Weg vom Image der "Grauen Maus" als Zonenrandgebiet, hin zu einer Region mit Innovation durch Zusammenarbeit, bis weit hinein in das konservative Lager. Wurden wir als Bio-Bauern noch vor Jahren beschimpft oder belächelt ideologische Grabenkämpfe waren an der Tagesordnung –, so haben wir uns im Laufe der Zeit Anerkennung und einen festen Platz im politischen und gesellschaftlichen Gefüge erstritten. In einer kleinbäuerlichen Struktur mit sehr viel Grünlandbewirtschaftung haben wir erreicht, dass der ökologische Landbau das Leitbild einer Landwirtschaft im Biosphärenreservat Rhön ist, vor Jahren noch unvorstellbar.
- 2. Vor diesem Hintergrund hat es eine Auseinandersetzung im Landkreis Fulda gegeben, als es darum ging, darauf hinzuwirken, dass sich die Landwirte selbst verpflichten sollten, auf den Anbau von GVO zu verzichten. Wir als Bio-Bauern oder auch die Funktionsträger der Partei Bündnis 90/Die Grünen haben darauf verzichtet, zu sehr nach vorne zu preschen, weil sonst viele potenzielle Partner eher zurückgeschreckt wären. Um die Initiative zu einem Erfolg werden zu lassen, war es notwendig, zunächst die Voraussetzungen für eine breite Zustimmung zu schaffen. So waren auch z.B. konventionelle Bauern, Direktvermarkter oder auch Imker anzusprechen. Es hätte wenig überzeugt, wenn sich zwar wohlmeinende, aber beim Thema Gentechnik nicht unbedingt immer kompetente Bio-Bauern oder Naturschützer sich "an die Spitze der Bewegung" hätten setzen wollen. Wichtiger war es, vor Ort kompetente Partner, auch bei aufgeschlossenen konventionellen Bauern und bei engagierten Vertretern von Kreisbauernverbänden, zu finden und zu unterstützen. Als Osthessen-Sprecher des Bioland-Verbandes war ich Mitbegründer der Initiative "Gentechnikfreie Gemeinde"¹, nachdem der Kreisbauernverband Fulda-Hünfeld sich gegen eine Gentechnikfreie Zone ausgesprochen hatte. In dieser Initiative sind neben Bio-Anbauver-

124 Beiträge RN 2/2005

<sup>1</sup> www.gentechnikfreie-gemeinde.de

Helmut Schönberger, Von der "Gentechnikfreien Zone" zur "Gentechnikfreien Anbauregion" Erfahrungsbericht aus dem Biosphärenreservat Rhön

bänden auch Direktvermarkter und Imker vertreten. Es wurde begonnen, Selbstverpflichtungserklärungen mit einem Verzicht für 5 Jahre zu sammeln. Viele Kontakte, u.a. persönliche mit allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern des Landkreises, interfraktionelle Anträge im Kreistag, Anträge von Bürgermeistern, die den Landwirten empfahlen, gentechnikfrei zu wirtschaften oder für den gemeindeeigenen Bauhof den Verzicht auf GVO beinhalteten, waren ebenso wie die kritische Haltung vieler Wertkonservativer wichtige Voraussetzungen für ein Umschwenken des Kreisbauernverbandes.

- 3. Ohne diese Zustimmung hätte es keine Chance gegeben, auch konventionell arbeitende Betriebe für das Ziel "Gentechnikfreie Anbauregion" zu gewinnen, höchstens in Einzelfällen, z.B. bei den Direktvermarktern. Der Begriff "Gentechnikfreie Zone" wäre allerdings irreführend gewesen, da er die Futtermittel und die Weiterverarbeitung einschließt. Diese Konsequenz mitzugehen, war im Gegensatz zur gemeinsamen Auffassung der Öko-Bauern "gentechnikfrei von der Produktion bis zum Verbraucher" für konventionell wirtschaftende Betriebe zum Zeitpunkt der Beschlussfassung des Kreisbauernverbandes nicht möglich und hätte die Solidarität unterlaufen.
- 4. Des Weiteren haben wir unsere Ansprechpartner nicht mit Informationen überfrachtet. Wir haben uns weitgehend auf folgende Punkte beschränkt:
  - einen Argumentationsleitfaden für Bäuerinnen und Bauern sowie Gemeinden "Warum Gentechnikfreie Zonen schaffen?" (Bioland-Verband) an die Hand zu geben
  - die Broschüre "Nachbarrecht der Gentechnik"<sup>2</sup> allen Interessierten sowie allen Abgeordneten des Fuldaer Kreistages und dem Kreisausschuss im Rahmen einer Gentechnik-Erklärung zu verteilen
  - persönlich zu informieren und zu diskutieren, wie der Markt für GVO aussieht (Soja-Markt Argentinien/Brasilien), ob es einen Markt in Europa gibt bzw. wie ein europäischer Markt für gentechnikfreies Soja geschaffen werden kann oder wie sich der weltweit größte GVO-Produzent in Kanada, der Konzern Monsanto, entwickelt.

Inzwischen hat der Kreisbauernverband Fulda-Hünfeld gemeinsam mit dem Verein Natur-und Lebensraum Rhön e.V. erreicht, dass länderübergreifend auch die angrenzenden bayerischen (Rhön-Grabfeld) und thüringischen (Schmalkalden-Meiningen) Kreisbauernverbände im Biosphärenreservat Rhön als Zielvorgabe ihren Landwirten für ihren gesamten Landkreis einen 3-jährigen Verzicht bis Ende 2007 empfohlen haben, besonders auch wegen der Haftungspflicht der Landwirte. Hier wäre die Unterstützung, insbesondere von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, bei der Umsetzung wichtig, um den Abwehrprozess zu beschleunigen und um ihm die notwendige Dynamik zu geben.

Was wir erreichen wollen, die wir diesen Kompromiss von nur 3 Jahren mittragen, ist eine Ausweitung auf den gesamten Flächenlandkreis Fulda und darüber hinaus Richtung Vogelsberg ("kreisübergreifende gentechnikfreie Bewirtschaftung"). Des Weiteren sollen Engagierte (Anbauverbände, Naturschutz und Verbraucherschutz, Imker und Weiterverarbeiter, Lebensmittelhandel/Tegut) stärker bzw. neu eingebunden werden. Entsprechende Gespräche haben begonnen. Allerdings ist in Zukunft der Anbau transgener Bäume ein über die landwirtschaftlichen Anbaugebiete hinaus notwendiges Aktionsfeld. Hier müssen Waldbesitzer und staatliche Forstwirtschaft mit einbezogen werden.

Beiträge RN 2/2005 125

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> RA Hanspeter Schmidt, www.nachbarrechtdergentechnik.de oder www.aid.de/koexistenz\_nachbarrecht.cfm